

## Unterrichtung

Der Präsident  
des Niedersächsischen Landtages  
– Landtagsverwaltung –

Hannover, den 19.05.2010

### **Neue Chancen der maritimen Wirtschaft in Norddeutschland nutzen - Jetzt ist der Norden dran**

**Beschluss** des Landtages vom 25.11.2009 - Drs. 16/1913

Die maritime Wirtschaft ist in all ihren Ausprägungen eine wichtige Zukunftsbranche für das Land Niedersachsen und die übrigen norddeutschen Bundesländer. Gerade für den Standort Niedersachsen bieten sich erhebliche Entwicklungspotenziale. Die Seeverkehrsprognose, die PLANCO Consulting im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) erstellt hat, sagt nach Durchschreiten der konjunkturellen Delle weiterhin ein langfristiges Wachstum des Seegüterumschlages in Höhe von 4,6 Prozent jährlich voraus.

Trotz der aktuellen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise prognostizierte BMVBS im Sommer 2009 in einer Kurzfristprognose für das kommende Jahr 2010 für den Seeverkehr bereits wieder eine Aufwärtsbewegung von 3 Prozent. Damit ist sogar vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise eine Verdoppelung der Umschlagsvolumen bis 2025 prognostiziert.

Die maritime Wirtschaft in Norddeutschland zählt insgesamt ca. 4 000 Betriebe mit rund 170 000 Beschäftigten. Seit 2003 haben die Beschäftigtenzahlen in der Branche wieder zugenommen. Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung der maritimen Wirtschaft für die gesamtdeutsche Wirtschaft weiter steigen. Auch angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage besteht kein Grund den „Kopf in den Sand zu stecken“. Mit dem Investitionsprogramm des Jahres 2009 investiert Niedersachsen über 100 Mio. Euro in den Ausbau der Seehäfen, in 2010 sind Investitionen von 108 Mio. Euro vorgesehen, mehr als jemals zuvor. Darüber hinaus ist der Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven das größte Investitionsvorhaben des Landes. Mit diesen Investitionen positioniert sich das Land für die Zeit nach der Krise.

Auch zukünftig muss Niedersachsen die Potenziale der maritimen Wirtschaft in vollem Maße nutzen. Daher ist es unerlässlich, dass dieser Bereich weiter zu einem Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik des Landes entwickelt wird. Die Landesregierung hat dies erkannt und wird in den Ausbau und die Modernisierung der niedersächsischen Seehäfen bis zum Jahr 2013 weiter stark investieren. Das im März 2007 vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr vorgelegte Niedersächsische Hafenkonzept bietet gute Ansätze, Niedersachsen international zu einem führenden Standort für maritime Wirtschaft und Logistik zu entwickeln.

Die Entscheidung der Landesregierung, im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zum 01.06.2008 eine Stabsstelle zur Koordinierung der maritimen Wirtschaft einzurichten, ist in diesem Kontext ein wichtiger Schritt.

In diesem Zusammenhang bittet der Landtag die Landesregierung,

1. auf der Grundlage des bei der NORD/LB Regionalwirtschaft und dem Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung in Auftrag gegebenen Gutachtens und weiterer vorliegender Studien der vergangenen fünf Jahre, Konzepte und Maßnahmen zu entwickeln, wie die Potenziale der maritimen Wirtschaft in Niedersachsen zukünftig noch umfassender genutzt werden können. Übergeordnetes Ziel muss es sein, diesen Wirtschaftszweig mit seinen verschiedenen Branchen zu einem „Markenzeichen“ des Landes zu machen.

2. die zum Teil beträchtlichen Potenziale von Zukunftsbereichen wie der Offshore-Windenergie, der maritimen Rohstoffgewinnung bzw. dem Meeresbergbau, der maritimen Umweltschutz-, der Leit- und Sicherheitstechnik und der so genannten blauen Biotechnologie weiter gezielt zu erschließen. Dazu ist es notwendig, intensiv mit den anderen norddeutschen Ländern und den dort bereits vorhandenen Forschungseinrichtungen zu kooperieren. Maritime Forschung ist für Niedersachsen eine große Chance von der dynamischen Entwicklung in diesem Segment der „blauen Technologie“ zu profitieren.
3. die Werften und ihre Zulieferindustrie, die derzeit besonders unter der schwierigen Wirtschaftssituation leiden, ausreichend zu unterstützen. Die jüngsten Entwicklungen zeigen deutlich, dass die Schiffbauindustrie in Niedersachsen, trotz der international erfolgreich besetzten Nische „Spezialschiffbau und Sonderanfertigungen“, besonderen Rückhalt im Land erfahren muss. Innovationen und Entwicklungen, insbesondere im Bereich der umweltfreundlichen Spezialschiffe, müssen unterstützt werden, um die Technologieführerschaft zu erhalten und auszubauen.

Aufgrund des Einbruchs im Welthandel ist der Schiffsverkehr in erheblichem Umfang betroffen und bei den Werften sind erhebliche Auftragseinbrüche festzustellen. Hier wird es in einem ersten Schritt insbesondere darum gehen, Arbeitsplätze zu erhalten und qualifizierte Mitarbeiter in den Unternehmen der maritimen Wirtschaft in Niedersachsen zu halten.

Zusätzlich sollte sich das Land auch weiterhin an der EU-Initiative „LeaderSHIP 2015“ zur Förderung der Zukunftsfähigkeit der europäischen Schiffbauindustrie und der entsprechenden Umsetzung auf deutscher Ebene beteiligen.

4. weiter in die „maritime Bildungsinfrastruktur“ zu investieren, um so die Potenziale der maritimen Wirtschaft für Niedersachsen in vollem Umfang nutzen zu können. Dies betrifft alle Ausbildungsberufe, Fachschul- und (Fach-) Hochschuleinrichtungen sowie andere wissensintensive Einrichtungen, die in diesem Zusammenhang von Bedeutung sind. Die Kooperation des Landes mit dem Verband Deutscher Reeder zur Schaffung zusätzlicher Fachschul- und Studienplätze bei maritimen Studiengängen ist weiter auszubauen.
5. den richtigen Weg gezielter Investitionen in die Häfen weiter fortzusetzen. Neben dem traditionellen Hafenumschlag soll in den niedersächsischen Seehäfen als zweite Säule die Produktion und Verschiffung von Offshore-Anlagen gestärkt werden. Deshalb muss ergebnisoffen geprüft werden, wie und unter welchen Bedingungen künftig privates Kapital auch für Investitionen in die Infrastruktur gewonnen werden kann. Dazu gehört insbesondere auch die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur von und zu den Häfen inklusive der notwendigen Fragen der Lärmsanierung und des Lärmschutzes an betroffenen Streckenabschnitten.
6. beim Bund auf einen Ausbau der seewärtigen Zufahrten und Hafenhinterlandanbindungen zu drängen, damit ein bedarfsgerechter und schneller Transport der Waren von und zu den Häfen auch zukünftig sichergestellt ist. Dazu ist es unerlässlich, auf ein Sonderprogramm des Bundes für den gesamten Norddeutschen Raum zu drängen. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auf der Straße, der Schiene und dem Wasser ist notwendig. Nur mit leistungsfähigen See- und Binnenhäfen und einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur lässt sich Niedersachsen als national und international führender Logistikstandort gerade in Zeiten der Krise weiter entwickeln.
7. für den zukünftigen Erfolg des einzigen deutschen Tiefwasserhafens, dem JadeWeserPort, ist neben dem Ausbau der Hafenhinterlandanbindungen auch die zweite Ausbauphase von entscheidender Bedeutung. Die bereits laufenden Planungen sollten zügig fortgesetzt werden, damit der Ausbau so rasch wie möglich realisiert werden kann. Daher sollten schon jetzt die Voraussetzungen für die zweite Ausbauphase, die Planung und das Erwirken des Baurechts, geschaffen werden.
8. bei der konkreten Umsetzung einer integrierten Meerespolitik auf EU-Ebene mitzuwirken und entsprechende Interessen, Potenziale und Erfahrungen in Koordination mit der maritimen Wirtschaft in eine gemeinsame europäische Meerespolitik einzubringen. Hierbei müssen die Interessen der norddeutschen Länder und speziell Niedersachsens nachdrücklich vertreten werden.

9. sich beim Bund und der EU für Erleichterungen im internationalen Warentransport, beispielsweise durch eine Übertragung des TIR Verfahrens (Transports Internationaux Routiers) auf Schiffsverkehre, einzusetzen.
10. auf nationaler Ebene eine enge Zusammenarbeit mit der Maritimen Koordinationsstelle der Bundesregierung zu verfolgen. Die Anstrengungen des Landes um eine intensive Zusammenarbeit mit den Ländern Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sind zu verstärken, um gemeinsame Interessen auf internationaler Ebene zukünftig stärker artikulieren und vertreten zu können und damit auch international als schlagkräftiger Akteur besser wahrgenommen zu werden.
11. die Niedersachsen Ports GmbH & Co. KG (N-Ports) als Hafenmanagementgesellschaft weiterzuentwickeln, um schnell und flexibel auf neue Anforderungen reagieren zu können.

Die Aktivitäten der Seaports of Niedersachsen GmbH, einem Vorbild öffentlich-privater Partnerschaft, zur Vermarktung der niedersächsischen Seehäfen sollten weiter ausgebaut und intensiviert werden. Dazu notwendig sind eine verbesserte Mittelausstattung und ein langfristiger Vermarktungsauftrag.

Bei Projekten und Planungen im maritimen Umfeld ist ebenfalls eine noch engere Zusammenarbeit mit den in der Niedersächsischen Hafenvertretung (NHV) organisierten Gesellschaftern der Seaports of Niedersachsen GmbH unerlässlich.
12. die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Unternehmen in Niedersachsen, die bereits sehr erfolgreich insbesondere in den Bereichen Schifffahrt (Reedereiwirtschaft) im internationalen Wettbewerb agieren, auch zukünftig von positiven Rahmenbedingungen profitieren können. Die Emsachse ist mittlerweile nach dem Großraum Hamburg der zweitgrößte deutsche Reedereistandort. Dieser Erfolg sollte trotz der schwierigen Wirtschaftslage auf lange Sicht aufrechterhalten werden. Aufgrund des immensen Rückgangs der Charterraten sind die Reedereien akut und mittelfristig auf Unterstützung durch das Land, zum Beispiel durch Reederbürgschaften, angewiesen.

**Antwort** der Landesregierung vom 18.05.2010

Zu 1:

Das MW hatte 2009 eine umfassende Studie unter Federführung der NORD/LB Regionalwirtschaft vorgelegt, in der Handlungsfelder und Potenziale der maritimen Wirtschaft umfassend analysiert wurden. Derzeit werden intensive Gespräche geführt um festzustellen, in welchem Rahmen die empfohlenen Handlungsempfehlungen umgesetzt werden sollen. Es geht dabei zunächst darum zu klären, inwiefern und durch welche Maßnahmen die maritime Wirtschaft verstärkt im eigenen Land unterstützt werden kann und welche Bereiche sich bereits im ersten Schritt der Umsetzung der Studie für länderübergreifende Kooperationen eignen. Gegenwärtig ist die Landesregierung jedoch in erster Linie bemüht, im Verbund mit den anderen Ländern, der Bundesregierung, den Verbänden und Arbeitnehmervertretern wettbewerbsfähigen Unternehmen eine Brücke über die Krisenzeit zu bauen und sich für den Erhalt der Standorte und der Arbeitsplätze der maritimen Wirtschaft in Niedersachsen einzusetzen.

Zu 2:

Die Unterstützung der Landesregierung erfolgt (in Abhängigkeit der Themenbereiche) differenziert:

Im Bereich Offshore-Windenergie hat die Landesregierung die Ertüchtigung der Hafeninfrastuktur der Basishäfen Cuxhaven und Emden unterstützt. Sie wird die erforderliche Netzanbindung der Offshore-Standorte unterstützen und praktikable Lösungen vorantreiben. Darüber hinaus fördert die Landesregierung mithilfe von Bürgschaften den Aufbau weiterer Kapazitäten im Offshore-Windanlagenbau. Beispiel ist hier die Umstrukturierung der Nordseewerke.

Im Bereich der maritimen Rohstoffgewinnung bzw. des Meeresbergbaus arbeitet die Landesregierung sehr eng mit dem Bund zusammen. Der Bund erstellt aktuell einen „Nationalen Masterplan für

Maritime Technologien“, der von der Landesregierung intensiv begleitet und unterstützt wird. So hat die Landesregierung gemeinsam mit dem Bund eine Studie zu den Perspektiven der deutschen Wirtschaft im Bereich der marinen mineralischen Rohstoffe entwickeln lassen. Das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie und die in Hannover ansässige Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe verfügen über außerordentliches Fachwissen und sind in alle weiterführenden Aktivitäten eingebunden. Da die Nutzung des Meeresbodens neben technischen Fragen auch Eigentumsfragen berührt, unterstützt die Landesregierung den engen Austausch mit dem Bund und den anderen Küstenländern.

Die Leit- und Sicherheitstechnik im maritimen Bereich sorgt für einen sicheren Schiffsverkehr und stellt somit einen weiteren Baustein des maritimen Umweltschutzes dar. Zusätzliche Anwendung finden diese Bereiche im Wasserbau und im Küstenmanagement. Die Landesregierung setzt sich für die Anhebung der Sicherheits- und Umweltschutzstandards bei der International Maritime Organization (IMO) ein. Gleichzeitig engagiert sich die Landesregierung dafür, dass Überreglementierungen wie z. B. im Rahmen von EU-Vorschriften abgebaut oder zumindest abgemildert werden. Sie ist sich dessen bewusst, dass ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen der Küstenländer mehr Gewicht hat als regionale Einzelaktionen. Aus diesem Grund fördert und unterstützt die Landesregierung alle Erfolg versprechenden gemeinsamen Aktivitäten im maritimen Bereich.

Obwohl die sogenannte blaue Biotechnologie noch ganz am Anfang steht, wird das Nutzungspotenzial als beträchtlich eingeschätzt. Die EU fördert die blaue Biotechnologie. In Bremerhaven ist 2003 das Biotechnologiezentrum Nord entstanden. Auch Schleswig-Holstein ist seit mehreren Jahren in diesem Bereich sehr aktiv. Die Landesregierung erwartet in der blauen Biotechnologie in den kommenden Jahren große Wachstumsraten und wird alle nutzbringenden Kooperationsmöglichkeiten mit den anderen Küstenländern fördern.

Zu 3:

Die niedersächsischen Werften haben sich frühzeitig auf hochtechnologische Schiffe spezialisiert. Alle Experten sind sich einig, dass dies der einzige Weg ist, um auch in der Zukunft am Markt wettbewerbsfähig zu bleiben. Maßgebliche Voraussetzung hierfür wird sein, dass die Werften vermehrt Forschungs- und Entwicklungsprojekte durchführen. Da diese sehr kostenintensiv sind, hat sich die Landesregierung bereits vor Jahren dazu entschlossen, die Finanzierung dieser Förderung zur Hälfte zu übernehmen. Hieran wird auch in Zukunft festgehalten. In Kooperation mit den anderen Küstenländern hat sich Niedersachsen dafür eingesetzt, die bestehende Innovations-Förderrichtlinie für den Schiffbau so zu modifizieren, dass die Fördermodalitäten für die Werften akzeptabel werden. Der Bund hat diese Forderungen aufgegriffen und beabsichtigt, die Förderrichtlinie zu ändern: Die bedingte Rückzahlbarkeit entfällt und die auftragsabhängige Förderung wird im Bereich der innovativen Verfahren gestrichen.

Darüber hinaus werden die Werften - wie bereits seit Jahren - mit Landesbürgschaften unterstützt. Das Bürgschaftsprogramm des Landes wurde - auch im Vergleich zu anderen Ländern - vom Nationalen Maritimen Koordinator der Bundesregierung während eines Treffens am 18.03.2010 ausdrücklich hervorgehoben und gelobt.

Auf Initiative Niedersachsens wurde die Situation im Schiffbau auf der Küstenwirtschaftsministerkonferenz am 02.12.2009 eingehend diskutiert. Die weltweit bestehenden Überkapazitäten im Schiffbau oder die Schwierigkeiten der Werften, bei Banken eine Finanzierung für Neubauten zu erhalten, bzw. das Problem, das KfW-Sonderprogramm nicht in Anspruch nehmen zu können, waren nur einige Punkte. Der Nationale Maritime Koordinator hat am 16.03.2010 im Rahmen der Schiffbauinitiative LeaderSHIP Deutschland ein Gespräch mit Vertretern der Küstenländer, Werften, Verbände und Sozialpartner geführt. Derzeit prüfen alle Beteiligten die vorgeschlagenen Maßnahmen und deren Umsetzung im Detail. Das nächste Treffen soll im Juni 2010 stattfinden.

Die Landesregierung hält es für sehr wichtig, die Interessen der Schiffbauindustrie auf europäischer Ebene im Rahmen der Initiative LeaderSHIP 2015 zu unterstützen. So hat die Landesregierung im April 2010 eine „Gemeinsame Erklärung regionaler Regierungen zur Zukunft der europäischen Schiffbauindustrie“ gemeinsam mit 32 anderen europäischen Regionen unterschrieben. In dieser gemeinsamen Erklärung wird die EU noch einmal auf die Ziele und Umsetzungen der Maßnahmen

von LeaderSHIP 2015 hingewiesen und aufgefordert, insbesondere für gleiche Wettbewerbsbedingungen zu sorgen.

Zu 4:

Die Potenziale der maritimen Wirtschaft können nur in vollem Umfang genutzt werden, wenn dem maritimen Cluster die benötigten Fachkräfte zur Verfügung stehen. Deshalb unterstützt die Landesregierung die entsprechenden Ausbildungseinrichtungen und trägt für qualitativ hochwertige Ausbildungsangebote an den Fach- und Fachhochschulen Sorge.

Im Zuge der Umsetzung des Konjunkturprogramms II werden dem Landkreis Wesermarsch 6,2 Mio. Euro zum Aus- und Aufbau eines Innovations- und Zukunftszentrums Seefahrt zur Verfügung gestellt. Dieses Zentrum wird an das Maritime Kompetenzzentrum in Elsfleth angegliedert und für eine deutlich verbesserte Aus- und Weiterbildung im Bereich der schiffstechnischen Berufe sorgen. Mit den zur Verfügung stehenden Sachmitteln soll insbesondere die Ausbildung im Bereich des Berufes Schiffsmechaniker/Schiffsmechanikerin qualitativ verbessert werden. Darüber hinaus realisiert das Maritime Kompetenzzentrum Qualifizierungsangebote für die maritime Wirtschaft, das Lehrpersonal, Auszubildende des Maritimen Kompetenzzentrums sowie für Studierende nautischer Studiengänge.

Im Maritimen Bündnis haben sich die Länder 2001 u. a. zu einer „Weiterentwicklung der Ausbildung an den seemännischen Ausbildungsstätten“ verpflichtet. Zunehmende Rückflaggung unter die deutsche Flagge und die bis 2008 stark boomende Wirtschaftsentwicklung in der internationalen Schifffahrt haben zu einer sehr starken Ausbildungsnachfrage geführt, die alle Ausbildungsstandorte der Küstenländer, so auch die Staatliche Seefahrtsschule Cuxhaven - Fachschule Seefahrt -, weit über ihre Kapazitäten belastet. Die Befähigungszeugnisse, die die Absolventinnen und Absolventen der Fachschule Seefahrt in Cuxhaven erwerben, verleihen ihnen die gleichen Befugnisse wie die Abschlüsse einer entsprechenden Hochschule. Die Staatliche Seefahrtsschule Cuxhaven trägt somit in besonderer Weise zur Qualifizierung des Fach- und Führungskräftebedarfs im maritimen Umfeld am Standort Cuxhaven bei. Niedersachsen kommt gleichzeitig den Verpflichtungen aus dem Maritimen Bündnis vorbildhaft nach.

Die Fachhochschule Emden/Leer hat als eine der ersten wegweisenden Entscheidungen aus dem Institut für Seefahrt einen eigenständigen Fachbereich Seefahrt errichtet und diesen am 03.03.2010 eröffnet. Hier und am Fachbereich Seefahrt der Fachhochschule Wilhelmshaven/Oldenburg/Elsfleth wurden insbesondere in den letzten Jahren (vor dem 01.09.2009 in den Vorgängereinrichtungen der Fachhochschule Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven) erhebliche Anstrengungen im Sinne der vorgenannten Ziele unternommen. So hat das Land in die Einrichtung des Maritimen Kompetenzzentrums in Elsfleth bis zur Fertigstellung im Sommer 2009 rund 4,6 Mio. Euro investiert, darunter etwa 2,4 Mio. Euro in 2009.

In Leer hatte das Land den Weg für das dortige Maritime Kompetenzzentrum durch die kostenfreie Bereitstellung des Grundstücks im Wege der Erbbaupacht frei gemacht. Das Maritime Kompetenzzentrum Leer ist ausgerichtet sowohl auf die Unterstützung der nautischen Ausbildung als auch auf die Initiierung und Koordinierung maritimer Forschungs- und Entwicklungsprojekte.

Sowohl in Leer als auch in Elsfleth konnten in Ergänzung zu den Landesmitteln weitere Mittel erworben werden, die der „maritimen Bildungsinfrastruktur“ zugute gekommen sind. Die Mittel der Freien und Hansestadt Hamburg, insgesamt 0,183 Mio. Euro in 2008/2009, haben die Fachhochschulen zur Unterstützung der nautischen Ausbildung in Simulationsanlagen investiert. Zusätzlich erfolgte auch von privater Seite finanzielle Unterstützung in besonderem Maße.

Zur Abrundung des Studienangebotes wurde zum Wintersemester 2009/2010 der Masterstudiengang „Maritime Management“ in Elsfleth eingerichtet. In Leer wird ein neuer Bachelorstudiengang „Schiffs- und Reedereimanagement“ zum Wintersemester 2010/2011 beginnen. Beide Studienangebote tragen deutlich zur erhöhten Attraktivität der maritimen Ausbildungsstandorte an den Fachhochschulen in Niedersachsen bei.

Als Mitglied der „Ständigen Arbeitsgemeinschaft der Küstenländer für das Seefahrtbildungswesen“ und über das „Maritime Bündnis für Ausbildung und Beschäftigung“ steht das Land Niedersachsen in ständigem Kontakt mit dem Verband Deutscher Reeder (VDR).

Mithilfe des Verbandes wurden an den Standorten Elsfleth und Leer (einschließlich Fachschule Leer) über einen Zeitraum von drei Jahren bis einschließlich 2009 rd. 0,55 Mio. Euro investiert, um die nautische Ausbildung quantitativ und qualitativ weiter zu stärken. Ob eine finanzielle Unterstützung der nautischen Ausbildung durch den Verband auch in der Zukunft gewährt werden kann, hängt von der künftigen Entwicklung der maritimen Branche ab und ist mit dem VDR in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Bedarf zu diskutieren.

Zu 5 und 6:

Der strategische Ausbau der niedersächsischen Seehäfen unter Berücksichtigung der Spezialisierung auf bestimmte Marktsegmente wird fortgesetzt. Die Häfen werden als Dienstleister für die Hafenvirtschaft, maritime Wirtschaft, Logistikunternehmen und hafengebundene Industrien entwickelt. Die Finanzierung der Hafenbauprojekte kann durch verschiedene Modelle erfolgen. Dazu gehört auch die private Mitfinanzierung von Hafenbauprojekten durch sogenannte PPP-Maßnahmen, die aktuell genutzt wird.

Für die Landesregierung haben nicht nur funktions- und leistungsfähige Häfen, sondern auch die entsprechenden Hafenhinterlandanbindungen, die die in den nächsten Jahren erwarteten starken Zuwächse beim Frachtaufkommen bewältigen können, hohe wirtschafts- und verkehrspolitische Bedeutung, die weit über die regionale Dimension hinausgeht.

Die vordringlichsten Verkehrsinfrastrukturvorhaben Norddeutschlands sind in der „Ahrensburger Liste“ benannt, einer zwischen den norddeutschen Bundesländern abgestimmten Maßnahmenliste. Sie dient als Forderungskatalog des Nordens gegenüber dem Bund. Die Bundesregierung teilt diese Einschätzung und weist selbst auf die Bedeutung der maritimen Infrastruktur hin. Für den Bund sind die Infrastrukturprojekte im Hafenhinterlandverkehr von allergrößter Bedeutung und nehmen im Rahmen des Nationalen Hafenkonzepts eine Schlüsselrolle ein.

Zu 7:

Das MW treibt gemeinsam mit der JadeWeserPort Logistics Zone GmbH & Co. KG die Aktivitäten für einen zweiten Container-Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven voran. Im Gegensatz zum ersten JadeWeserPort sollen dieses Mal nicht nur der Betrieb, sondern auch der Bau des Hafens von privaten Investoren übernommen werden. Angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Situation sind jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder ein Planfeststellungsverfahren noch ein Vergabeverfahren sinnvoll. Um dennoch in Bezug auf den zweiten Hafen zukunftsweisend und strategisch zu handeln, wird zunächst ein Markterkundungsverfahren durchgeführt. Ein ähnliches Verfahren wurde bereits bei der Vermarktung der Logistikflächen am JadeWeserPort mit Erfolg durchgeführt. Das Verfahren richtet sich dabei ergebnisoffen an alle potenziellen Betreiber eines solchen Hafens. Die Vorbereitungen für dieses Verfahren laufen.

Zu 8:

Niedersachsen arbeitet in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Ziele für eine integrierte Meerespolitik auf EU-Ebene mit und gewährleistet so, dass niedersächsische Interessen vertreten sind. Dabei erfolgen Abstimmungen hinsichtlich sektoraler Einzelvorschläge des Aktionsplans gemäß bewährtem Beteiligungsverfahren in Deutschland. Beispielsweise erfolgt eine Zusammenarbeit beim Thema Nord- und Ostseekooperation oder bei der Unterstützung maritimer Cluster. Bestehende Förderinstrumente auf EU-, nationaler und Länderebene sollen identifiziert und gegebenenfalls angepasst werden. Letztendlich wird weiter dazu beigetragen, das EU-Ziel zu erreichen, durch effiziente neue Verwaltungsformen und durch Nutzung von Synergien zwischen allen meeresrelevanten Politikbereichen das Wirtschaftspotenzial der umfassenden europäischen Meeres- und Küstengebiete zu erschließen und die Sicherheit auf See zu verbessern.

Zu 9:

Sowohl die Küstenländer als auch der Bund haben sich in der Vergangenheit gegenüber der EU und der IMO für die Vereinheitlichung von Beförderungsdokumenten und den Abbau von Zoll- und Verwaltungsvorschriften im internationalen Seeverkehr eingesetzt und werden dieses auch weiterhin tun.

Zu 10:

Niedersachsen hat seit jeher eine enge Verbindung zum Nationalen Maritimen Koordinator der Bundesregierung. Dieser Kontakt hat in der Zusammenarbeit für den MW einen hohen Stellenwert. Deshalb hat die Küstenwirtschaftsministerkonferenz auf Initiative Niedersachsens am 02.12.2009 im Rahmen eines Beschlusses die Bundesregierung aufgefordert, diese Position wieder zu besetzen. Dieser Forderung wurde nachgekommen; am 03.03.2010 wurde der Parlamentarische Staatssekretär Otto zum Nationalen Maritimen Koordinator der Bundesregierung bestellt.

Am 18.03.2010 hat es ein erstes Treffen der Küstenländer mit dem Nationalen Maritimen Koordinator zu Themen der maritimen Wirtschaft gegeben. Die Beteiligten haben 13 Maßnahmen vereinbart, die die maritime Wirtschaft unterstützen soll, die Auswirkungen der Finanzkrise zu verkraften und gestärkt aus der Krise hervor zu gehen. Zur Überprüfung der Umsetzung und Wirkung dieser Maßnahmen hat der Nationale Maritime Koordinator ein weiteres Treffen noch vor der Sommerpause vorgesehen.

Zu 11:

Die Entwicklung der Wirtschaftsachse Küste ist Ziel der Landesregierung. Dieser Prozess erfordert eine Bündelung der Kräfte, Instrumente und Kompetenzen. Zentrales Instrument der Umsetzung ist NPorts. Durch die Überführung der ehemaligen staatlichen Häfen- und Schifffahrtsverwaltung in eine private Rechtsform (NPorts GmbH & Co. KG) ist die Basis geschaffen, um auf Anforderungen schnell und flexibel reagieren zu können.

Die Mittelausstattung der Seaports of Niedersachsen zur Fortführung des langfristigen Vermarktungsauftrages für die Jahre 2011 bis 2014 konnte gesichert werden. Durch die aktive Mitwirkung der Seaports of Niedersachsen in verschiedenen Gremien, wie z. B. dem Deutschen Verkehrsforum, der „Initiative maritimer Standort Nordwest“, dem „Logistikportal Niedersachsen“ konnte die Bewertung der Bedeutung der niedersächsischen Seehäfen für die Landes- wie auch Bundespolitik deutlich verbessert werden.

Die enge Zusammenarbeit der Seaports of Niedersachsen mit der Niedersächsischen Hafenvertretung e. V. (NHV), dem Einzelgesellschafter der Seaports of Niedersachsen GmbH, ist gut organisiert und gewährleistet. Sämtliche operative Aufgaben der NHV wurden von den Seaports of Niedersachsen übernommen. Teilbereiche, die Seaports of Niedersachsen von der Aufgabenstellung her nicht abdecken kann, werden weiterhin von der NHV wahrgenommen.

Zu 12:

Niedersachsen nimmt mit rd. 160 Reedereien, ca. 1 200 bereederten Schiffen und bis zu rd. 10 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an Land und an Bord (Zahlen: VDR) eine herausragende Position im Bereich der maritimen Wirtschaft ein. Allein im Wirtschaftsraum Ems-Achse werden ca. 700 Schiffe bereedert. Das bedeutet: Innerhalb Niedersachsens steht diese Region an erster Stelle, sie ist zugleich - nach Hamburg - der zweitgrößte Reedereistandort in Deutschland.

Seit Jahren stellt die Landesregierung niedersächsischen Reedereien, die der Unterstützung bedürfen und bei denen es volks- und betriebswirtschaftlich zu vertreten ist, Landesbürgschaften zur Verfügung. Auch in Zukunft wird die Landesregierung an dieser Praxis festhalten und alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Reedereistandorte in Niedersachsen zu erhalten und zu sichern.